

OSTEUROPA NACHRICHTEN

Einz.Preis 1/2	-Abo	-Abo
15	150	280 öS
2	20	38 DM
2	20	35 sfr
2,5	25	45 hfl
7,5	75	135 dkr
5	50	90 skr

Deutsche Ausgabe

2. JAHRGANG NR. 3
16. FEBRUAR 1983

Diese Zeitung berichtet über die demokratischen Oppositionsbewegungen in Osteuropa und wird gemacht von Menschen verschiedener osteuropäischer Nationen.

CEAUCESCU FORDERT

Moskau soll Truppen reduzieren

Auf dem jüngsten Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Prag am 4./5. Januar 1983 hat der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaucescu den neuen Kreml-Führer Juri Andropow aufgefordert, aus vier Warschauer-Pakt-Staaten insgesamt sieben Divisionen abzuziehen.

Andropow habe diesen Vorschlag scharf zurückgewiesen und sei dabei von SED-Chef Erich Honecker unterstützt worden.

Den umfangreichsten Abzug von Stationierungstruppen schlug Ceaucescu für die DDR vor: eine der fünf dort stehenden Armeen, die mit einer Ausnahme vier Divisionen zählen. Aus Polen (gegenwärtig mindestens zwei Divisionen), der 1968 besetzten Tschechoslowakei (fünf bis sechs Divisionen) und Ungarn (vier Divisionen) sollte jeweils eine Division in die Sowjetunion zurückkehren. Honeckers Gegenargument: Vor allem in der DDR, an der Grenze zwischen den beiden Weltsystemen, dürfe der militärische Schutz des Sozialismus auf keinen Fall vermindert werden.

(Berl., S. 4)

Neue "Gruppe für Zusammenarbeit" gegründet

Polen, Tschechen, Slowaken suchen Kooperation

In Carlsberg in der Pfalz traf Ende Januar die "Gruppe für Zusammenarbeit" zum ersten Mal zusammen. Die Initiative von Vertretern polnischer, tschechischer und slowakischer Nationalität geht auf ein Symposium der tschechischen, katholischen Aktion "Opus Bonum" im vergangenen Herbst in Franken zurück. Die drei Nationalitäten wurden von Jiří Lederer, Prof. Antonín Měšťan und Alexandr Tomský auf tschechischer Seite, Prof. Franciszek Blachnicki, Prof. Leszek Kolakowski und Prof. André de Vincenz auf polnischer Seite und Dr. Ivan Fiala, Dr. Imrich Kruzilak und Dr. Tomáš Straus auf slowakischer Seite vertreten.

Das erste Treffen der "Gruppe für Zusammenarbeit" wurde vom Gastgeber Prof. Blachnicki eröffnet. In einem Vorwort charakterisierte Jiří Lederer die Hauptziele der Gruppe: auf freiwilliger Basis entstanden und offen für jede Art der Zusammenarbeit mit Organisationen und Einzelpersonen aus diesen drei Nationen, möchte die Gruppe Mitarbeiter in verschiedenen Ländern Europas und

Amerikas gewinnen und ihre Arbeit auch auf andere Nationen Osteuropas ausdehnen. Die Gruppe will als Initiative sowohl im Exil als auch in der Heimat und im Westen ganz allgemein wirken. Weiters sollen Fachtagungen von Vertretern der drei Nationen in der Emigration organisiert werden, wie etwa ein Treffen von Journalisten, die aus diesen drei Nationen stammen, im Mai für Redakteure von Exilzeitschriften und im Juni für solche, die für westliche Massenmedien arbeiten.

(Berl., S. 2)

SU-NACHRÜSTUNG

Die Sowjetunion hat an der Grenze zu China in einem bisher im Westen nicht bewussten Masse aufgerüstet. Aus einer internen Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums geht hervor, dass der Kreml in den vergangenen zehn Jahren nach Dollar berechnet seine militärischen Aufwendungen an der tausende Kilometer langen Grenze zwischen den beiden mit Abstand grössten kommunistischen Staaten der Erde jährlich um sechs Prozent erhöht hat. Gegenüber der Nato - also in Europa - betrug die Zuwachsquote ein Prozent.

Spiel mit Menschen zwischen Leben und Tod

Am 23. Januar erkrankte der bekannte tschechische Dramatiker Vaclav Havel an einer schweren Lungenentzündung, das zweite Mal während der vier Jahre, die er als Gewissensgefangener im Pilsner Gefängnis Na Borech bis dahin eingesperrt hat. Seine Frau und sein Bruder erfuhren von seiner Erkrankung erst am 3. Februar. Dabei stellte sich heraus, dass Havel erst am fünften Tag nach Beginn der Erkrankung behandelt worden war. Zu der Zeit war sein Gesundheitszustand bereits so alarmierend, dass er sofort in das Gefängnis-Krankenhaus in Prag-Pankrac überstellt wurde.

Die weltweite Kampagne, die die Berichte über Havels Behandlung aus-

lösten, brachten raschen Erfolg. Unter dem Druck internationaler Empörung - namhafte Künstler, Schauspieler, Schriftsteller, Politiker und Staatsmänner sandten aus aller Welt Protestbriefe und -telegramme an den CSSR Präsidenten Husak - wurde der schwerkrank Menschenerklärer unverzüglich in ein Zivilkrankenhaus gebracht und man erklärte ihm, er sei frei, -was immer das heissen mag.

Die Behörden ziehen es vor, die rechtliche Lage ungeklärt zu lassen, denn man kann ja nie wissen... Man frage sich also, ob das verbliebene halbe Jahr der Haftstrafe ausgesetzt ist oder gar ganz erlassen wurde. Havel wird es nicht

erfahren. Es gehört mit zum Katz'-und-Maus-Spiel des Prager Regimes, die Betroffenen im Unklaren zu lassen. Sicherlich, der Druck der Öffentlichkeit kann zu gewissen Zeiten recht bedrohlich werden. Man muss eben rasch eine humanitäre Geste zeigen, dann beruhigen sich die Gemüter schon wieder. Nur gut, dass nicht jeder Vaclav Havel heisst. Letzterer wandte sich gleich in einem Dankschreiben an alle, die da halfen, und er erinnerte an die anderen, deren Namen wir auch kennen: Rudolf Batták, Petr Uhl, Ivan Jirous, ... Und an die vielen Namenlosen, die den grausamen Spielereien des Regimes noch mehr ausgesetzt sind, eben weil sie namenlos sind.

International:

von S. 1

Gruppe für Zusammenarbeit Symposium der Hoffnung geplant

Für November ist ein "Symposium der Hoffnung" geplant, bei dem tschechische, slowakische und polnische Intellektuelle das Thema "Welche reale Hoffnung gibt es für unsere Nationen und wie kann man zu ihrer Verwirklichung beitragen" erörtern sollen. Man plant eine Analyse über die mögliche Rolle des Satellitenfernsehens und den Aufbau eines Dokumentationszentrums, das den nationalen Exilgruppen zur Verfügung stehen soll.

Für die nächste Zeit wurde der tschechische Journalist Lederer als Vorsitzender gewählt, als sein Stellvertreter wurde der slowakische Arzt und Journalist Dr. Fiala ernannt. Das Sekretariat befindet sich in Carlsberg, im Sitz des polnischen Christlichen Dienstes für die Befreiung der Nationen.

Die Gruppe für Zusammenarbeit will sich auch aktiv an dem im Mai stattfindenden Friedensmarsch für die Befreiung der Nationen beteiligen, weil das übergeordnete Ziel der Gruppe die Unterstützung jeder Tätigkeit zur Befreiung der mittel- und osteuropäischen Staaten von sowjetischer Vorherrschaft ist.

von S. 1

SU-Nachrüstung: an Chinas Grenze

Sechsmal so stark wie gegen NATO

Militärpolitische Beobachter wiesen allerdings darauf hin, dass der Rüstungsgrad der Sowjets in Mitteleuropa Anfang der 70er Jahre schon unvergleichlich höher war als in Asien. Daraus ergebe sich aus der Sicht des Kreml "ein gewisser Nachholbedarf".

In der dem amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger vorliegenden Studie heisst es, dass zwischen 1965 und 1981 die sowjetischen Landstreitkräfte von 150.000 auf 435.000 Mann praktisch verdreifacht worden seien. Die Zahl der Divisionen wuchs von 20 auf 52, die der Panzer von 4.000 auf 13.000, die der Geschütze sogar von 1.500 auf 8.000. Gab es 1965 noch keinen einzigen sowjetischen Kampfhubschrauber in dieser Region so hat der Kreml heute dort 650 Maschinen stationiert.

Obwohl die chinesischen Streitkräfte in den Grenzregionen nach der amerikanischen Analyse kopfmässig viermal so stark sind, befinde sich das "Reich der Mitte" in "schlechtester Position". Denn China wende verhältnismässig wenig Geld für die militärische Modernisierung auf. Dadurch nehme beispielsweise das Übergewicht der sowjetischen taktischen Luftstreitkräfte immer mehr zu.

FINNLAND: Politische Kontroverse um Beziehungen zu Moskau

Dreissig prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Finnland haben eine Erklärung veröffentlicht, mit der zur Fortführung der Aussenpolitik des ehemaligen Präsidenten Urho Kekkonen aufgerufen wird. Wie diplomatische Kreise in der finnischen Hauptstadt vor einigen Tagen berichteten, soll diese Erklärung offenbar ein Gegengewicht zu der in der Öffentlichkeit wachsenden Kritik an der Moskau zugewandten Linie Kekkonens bilden.

Zahlreiche finnische Intellektuelle haben das Gefühl, dass der Aussenminister der kürzlich zurückgetretenen Regierung Sorsa, Paer Stenbaeck, gegenüber der Sowjetunion eine "Beschwichtigungspolitik" verfolgt habe. Das sei vor allem im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Vereinten Nationen über die Frage, ob die Sowjets in Afghanistan und die Vietnamesen in Laos und Kambodscha chemische Kampfmittel eingesetzt haben, klar geworden.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hat die aus Ägyptern, Kenianern,

Peruanern und Philippinos bestehende Militärärztekommision der Vereinten Nationen zur Prüfung dieser Anschuldigungen Muster von "verdächtigem Material" an eine Reihe neutraler Länder geschickt, die über die Möglichkeit zur Herstellung von Analysen verfügen. Finnland gehörte dazu, weil das Aussenministerium in Helsinki ein hochspezialisiertes Laborzentrum eingerichtet hat. Aussenminister Stenbaeck lehnte es aber ab, die Ausrüstung seines Ministeriums zur Verfügung zu stellen und schickte die Materialproben ungeöffnet an das UN-Team zurück.

Dies hinderte die UNO-Militärärzte aber nicht daran, Proben an ein anderes finnisches Labor zu schicken, das die Analysen tatsächlich vornahm. Dieses Laboratorium gehört ebenfalls der finnischen Regierung, untersteht aber dem Ministerium für Handel und Industrie. Über das Ergebnis der Analysen verloren die Finnen bisher kein Wort.

Auslands-Solidarnosc beschloss Weiterarbeit

Das Koordinationsbüro der polnischen "Solidarnosc"-Gewerkschaft im Ausland mit Sitz in Brüssel sowie sämtliche Gruppen der "Solidarnosc" im Westen einschliesslich ihrer Unterstützungskomitees wollen sich erst auflösen, wenn das verbotene "Provisorische Koordinationskomitee" der Untergrund-"Solidarnosc" in Polen diesen Schritt getan hat. Dies ist das Ergebnis einer Beratung zwischen der "Solidarnosc"-Auslandszentrale und Vertretern von 15 solcher Gruppen -- sogar aus Japan, Kanada und den USA -- das

vor einigen Tagen in der belgischen Hauptstadt stattfand.

Nach Angaben der Sprecherin der Brüsseler Zentrale, Magda Wojcik, besteht dafür vorerst nicht die geringste Veranlassung. Aus dem polnischen Untergrund habe man die Nachricht, dass dort "weitergemacht wird". Während des Brüsseler Treffens fand ein Informationsaustausch zwischen dem Auslands-Koordinationsbüro und den 15 Gruppen statt. Es wurde beschlossen, den gegenseitigen Austausch und die Informationstätigkeit über die Vorgänge in Polen zu verstärken.

Moskau hält BRD vor:

über 1.100 atomare Trägersysteme

Die Kreml-Führung hat dem Kanzlerkandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, bei dessen Besuch in Moskau im Januar vorgehalten, dass allein die Bundeswehr über 1.100 atomare Trägersysteme verfügt, was Vogel hingenommen habe. Wie eine Analyse der sowjetischen Behauptung ergab, haben die Sowjets dabei nicht nur die noch vorhandenen, aber zügig in der Ausmusterung befindlichen "Starfighter" mitgerechnet, sondern auch die 155-Millimeter-Selbstfahrlafetten der Bundeswehr.

Dieses Geschütz aus amerikanischer Produktion kann tatsächlich Atomraketen verfeuern, doch sind die deutschen Geschütze nicht dafür vorgesehen.

Die Sowjets liessen auch unerwähnt, dass ihre eigenen 152-Millimeter-Selbstfahrlafetten ebenfalls für Kernmunition ausgelegt sind. In der zweiten Januarwoche übten beispielsweise auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow ein komplettes sowjetisches Artilleriebataillon erstmals mit diesem Geschütz das atomare Schiessen. Das Bataillon gehörte zu der bei Potsdam stationierten sowjetischen 34. Artilleriedivision.

Baltische Frage im Europaparlament

Auf schwere Situation aufmerksam machen

Auf Initiative dänischer und britischer Abgeordneten fand im Europaparlament in Strasburg am 13. Januar eine Abstimmung über eine Resolution statt, die die Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes verurteilt. Mit einer grossen Mehrheit stimmten 98 Abgeordnete bei acht Enthaltungen und sechs Gegenstimmen für die Resolution. Man empfahl, die Baltische Frage der UNO-Kommission für Entkolonialisierung vorzulegen und sämtlichen Gremien, die sich mit der Einhaltung der KSZE-Schlussakte von Helsinki befassen, wie etwa die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, darauf hinzuweisen, die Aufmerksamkeit auf die schwere Situation dieser Völker zu richten.

Tschechoslowakei:

CSSR-Gesundheitsbehörden
fürchten medizinische Publikationen

Neue Charta-Sprecherin

An Stelle des bisherigen Sprechers der Bürgerrechtsbewegung Charta-77, Doz. Radim Palous ist am 2. Februar die Philologin Maria Růt Křížková getreten. Sie ist 46 Jahre alt, katholisch, Mutter von drei Töchtern und Absolventin der Philosophischen Fakultät der Prager Karls-Universität. In der Vergangenheit arbeitete sie als Redakteurin und Lektorin und veröffentlichte meist nur im "Samizdat". 1968 mit Berufsverbot belegt, war sie als Forstarbeiterin beschäftigt und später als Postangestellte. Bei einem Interview mit der tschechischen Schriftstellerin Eva Kanturková, die ihre Gespräche mit zwölf Charta-Unterzeichnerinnen in einem Buch, das unlängst in deutscher Sprache unter dem Titel "Verbotene Bürger" erschienen ist, aufgezeichnet hat, gab Křížková auf die Frage, was für sie das schlimmste Vergehen sei, die für sie charakteristische Antwort: "Die Lüge! Mit der Lüge zu leben!"

Umweltbelastung bleibt Staatsgeheimnis

Selbst auf dem Gesundheitssektor sind den tschechoslowakischen Behörden Informationen unerwünscht, "weil sie gegen die Tschechoslowakei und die sozialistische Staatsgemeinschaft missbraucht werden können." Das offizielle Mitteilungsblatt des Prager Gesundheitsministeriums hat mit dieser Begründung vor kurzem "Instruktionen für ein einheitliches Vorgehen bei der Genehmigung von Publikationen für das In- und Ausland" herausgegeben, um sich gegen solchen Missbrauch von Informationen abzusichern.

Die Mitteilung erwähnt zwei Kategorien von Geheimhaltungsvorschriften, wobei die erste in der Geheimhaltungsliste für Staatsangelegenheiten, Wirtschaftsfragen und Dienstgeheimnisse enthalten ist und nicht näher beschrieben wird. Die zweite Kategorie betrifft "die Publikation von vorzeitiger Information". Die aufgeführte Liste umfasst sechs

Punkte, über die keine Information verbreitet werden darf:

- 1.) bisher noch nicht getestete therapeutische Methoden;
- 2.) neu entwickelte Medikamente, die noch nicht in der Tschechoslowakei erzeugt werden, selbst wenn sie bereits erfolgreich getestet worden sind;
- 3.) allgemeine Übersichten über Umweltverschmutzung;
- 4.) allgemeine Übersichten mit quantitativen Angaben über Strahlungen aller Art;
- 5.) Daten über den Einfluss gewisser Defekte und Leiden, selbst wenn diese nur einen begrenzten öffentlichen Sektor betreffen -- dies gilt insbesondere für Entwicklungsstörungen bei Kindern in einigen Gebieten mit einem hohen Grad an Strahlungen und Luftbelastungen -- sowie Daten über die Auswirkungen von Selbstmorden, Drogensucht, etc;
- 6.) Epidemiologische Studien auf dem Gebiet der sozialen Psychiatrie.

Polen:**Oppositioneller misshandelt
Mit Chemikalie besprüht**

Der junge Historiker und Redakteur der unabhängigen katholischen Jugendzeitschrift "Spotkania" (Begegnungen), Janusz Krupski, wurde am 21. Januar in Warschau festgenommen und misshandelt. Das meldete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main unter Berufung auf zuverlässige Quellen in der polnischen Hauptstadt.

Agenten der Geheimpolizei brachten den aus Lublin stammenden Krupski in ein Waldstück ausserhalb der Stadt, wo er ausgezogen und mit einer Flüssigkeit besprüht wurde. Diese noch nicht identifizierte Substanz bewirkte eine starke Braunfärbung und Austrocknung der Haut. Nach massiven Drohungen mit dem offensichtlichen Ziel, ihn zur Einstellung seiner Redakteurstätigkeit zu veranlassen, verschwanden die Geheimpolizisten wieder und liessen Krupski allein im Wald zurück.

Zur gleichen Zeit fand in der Wohnung von Krupskis Verlobter in Lublin eine Hausdurchsuchung statt.

Bei Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen am 13. Dezember 1981 entging Krupski nur knapp einer Festnahme. Anfang Oktober 1982 wurde er dann doch noch festgenommen und verbrachte fast drei Monate in einem Interrogationslager.

POLENS UNIVERSITÄTEN HABEN KEIN GELD**Stipendiensystem zusammengebrochen**

Die polnische Regierungszeitung "Rzeczpospolita" ("Die Republik") schlägt Alarm. Der Prorektor der Universität Danzig, Edward Ketorski erklärte dem Blatt zufolge, dass das neue System der Vergabe von Stipendien zusammengebrochen sei. Grund: Es gibt zu viele Studenten, die darauf gesetzlich Anspruch haben.

Das neue Vergabesystem hat dazu geführt, dass zwar mehr Studenten in den Genuss von Stipendien kommen sollen, die Universitäten, Hochschulen und Akademien dadurch aber in derartige finanzielle Schwierigkeiten gebracht worden sind, dass ihre Existenz gefährdet sei. So haben jetzt mehrere Universitäten und Hochschulen des Landes beschlossen, solche Stipendien, die von Studenten dereinst zurückzuzahlen sind, und einmalige Hilfszuschüsse für

besonders notleidende Studenten vorerst nicht mehr auszuzahlen. Die Universitäten haben kein Geld mehr.

Wie hoch die Stipendien im Polen der Militärs sind, geht aus der Regierungszeitung nicht hervor. Aus anderen Zeitungsberichten ergibt sich aber, dass die polnischen Stipendien weit unter dem Ostblockdurchschnitt liegen. Die meisten Studentinnen und Studenten leiden zudem grosse Not. Gerade bei ihnen sind Unterernährung und sogar Tuberkulose stark verbreitet.

Jesuit soll vor Gericht

SOLIDARNOSC BEKAMPFT IN KRIPPE

Die kommunistischen polnischen Militärbehörden bereiten ein Verfahren gegen den Superior des Jesuitenordens in Kalisz, Pater Stefan Dzierzek, vor. Dem Ordensgeistlichen wird vorgeworfen, in seiner Kirche die Ausschmückung der Weihnachtskrippe mit dem Zeichen der inzwischen verbotenen freien Gewerkschaft "Solidarnosc" zugelassen zu haben. Diese "strafbare Handlung" ist mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bedroht.

Gegen mehrere Geistliche der Gemeinde Podkowa Lesna bei Warschau - im Westen sind bisher weder ihre Namen noch ihre genaue Zahl bekannt geworden - ermittelt die Justiz ebenfalls. In dieser Gemeinde ist vor allem die Arbeit mit der Jugend gefördert worden.

Nachdem die Gemeinde den aus der polnischen KG ausgestossenen früheren Vorsitzenden des Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski, zu einem Vortrag eingeladen hatte, reagierte der Parteiapparat. Denn Bratkowski hatte "heftige Kritik" an der Politik der Jaruzelski-Junta geübt.

Arbeiter häufig krank

In den letzten zehn Monaten des vergangenen Jahres kommen, nach einem Bericht von Radio Warschau, auf einen in der polnischen "Schlüsselindustrie" beschäftigten Arbeiter im Durchschnitt 198 Stunden, in denen er nicht gearbeitet hat. Der Erholungsurlaub ist darin nicht eingeschlossen. Das bedeutet umgerechnet nahezu 25 versäumte Arbeitstage.

Die meisten Arbeitnehmer, die krank gemeldet waren, hatten ein ärztliches Attest vorgelegt. Das Fernbleiben vom Arbeitsplatz macht in Polen nach Ansicht von Radio Warschau "infolge von Erkrankung" zur Zeit 25 Prozent der Arbeitszeit aus.

Rumänien:

Rumänen sterben in Afghanistan

Die rumänische Öffentlichkeit ist über die Tatsache beunruhigt, dass die sowjetischen Behörden in den als Moldauische Sowjetrepublik annektierten ehemaligen rumänischen Provinzen Bessarabien und Bukowina Rekruten einziehen, die dann in Afghanistan eingesetzt werden. Das berichten Feisende, die aus der rumänischen Hauptstadt Bukarest in Wien eintrafen.

Bisher war im Westen bekannt, dass die Sowjets bevorzugt Soldaten aus den ebenfalls annektierten baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen in Afghanistan einsetzen.

Die Tatsache, dass sowjetische Soldaten rumänischer Nationalität in Afghanistan als Wehrpflichtige eingesetzt werden und dort auch Verluste erleiden, war im Westen bisher ebenso unbekannt, wie diesbezügliche Vorbehalte der Regierung in Bukarest.

Die Proteste der rumänischen Regierung haben offenbar dazu beigetragen, dass die sowjetische Regierung den gesamten Komplex der Nationalitätenfrage zwischen Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Sowjetunion auf halbhoher Ebene wieder "aufgewärmt" habe, sagten die Reisenden.

Schweiz lehnt Asyl für rumänischen Erzbischof ab

Die Schweizer Regierung hat den griechisch-orthodoxen rumänischen Erzbischof in den USA, Valerian Trifa, ein Aufenthaltsvisum verweigert. Die US-Behörden haben Trifa Anfang November 1982 wegen seiner faschistischen Aktivitäten während des zweiten Weltkrieges ausgebürgert.

Der Antrag auf Aufenthalt in der Schweiz wurde abgewiesen, so ein Sprecher der schweizerischen Botschaft in Amerika, da Trifa "ein Mitglied der eisernen Garde war, eine antisemitische Organisation was heisst, dass er tatsächlich den Nationalsozialismus unterstützt hat". Trifas Anwesenheit in der Schweiz "würde negative Effekte auf die Beziehungen der Schweiz zu Drittländern haben".

Während seiner Anhörungen im November in Detroit hat der Erzbischof zugegeben, er habe die amerikanischen Einwanderungsbehörden hinsichtlich seiner faschistischen Aktivitäten "belogen", als er vor 32 Jahren in die Vereinigten Staaten eingewandert sei.

Die Regierung in Washington hat sämtliche anderen Anschuldigungen gegen Trifa fallengelassen, nachdem der Erzbischof zugestimmt hatte, die Vereinigten Staaten zu verlassen. Trifa wurde beschuldigt, massgeblich im Jahre 1941 an bürgerkriegsartigen Ausschreitungen beteiligt gewesen zu sein, in deren Verlauf mehrere hundert Juden umgebracht wurden.

Der Leiter des amerikanischen Justizministeriums, der sich mit der Angelegenheit befasst, Allan Ryan, erklärte vor kurzem, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich bemühe, für Trifa ein anderes Auswanderungsland zu finden.

CEAUCESCU FORDERT RÜSTUNGSLASTEN

Rumänien, das sich seit Jahren nicht an gemeinsamen Manövern der Militärbündnisse, die Informationen an die Informationsagentur WONA zufolge von der militärischen Seite ebenfalls zurückgewiesen worden sind, genügt dem Standpunkt schliessend Senkung

DDR-Ministerpräsident

in dieser Beziehung positiven Signalen

Nach Ansicht informierter Kreise hat Ceausescu sein Land die mehr oder weniger sowjetisch geführte Rüstungspolitik nicht mehr tragen kann. Er sucht Bukarest mit den sowjetischen Verhandlungen zu vermeiden, doch am Ende des Paktes komme es um die Rüstungslasten nicht nur zu Verhandlungen für Schule und Volk, sondern auch zu Vergangenen drei Jahren gesunken.

Ceausescu Konfrontation mit der Sowjetunion Rumäniens wirtschaftliche Lage von der Sowjetunion Zeit, besonders bei der Rüstungslasten auf sich haben Ceausescu sogar dem Transit SS-20-Raketen nach Bukarest, wie das angeführte Wochenblatt "Le Figaro" berichtete.

T TRUPPENABBAU

als einziges Mitglied des Paktes schon vor Jahren mit Truppen aus dem östlichen Bereich der Nachrichtenagentur WONA zufolge von der militärischen Seite ebenfalls zurückgewiesen worden sind, genügt dem Standpunkt schliessend Senkung

t Willi Stoph, teilnahm, soll mit "sozusagen reagiert haben.

erter Beobachter

Vorstoss vor

ernommen, weil

der weniger vom

den Warschauer

Rüstungslasten

ann. Zwar ver-

wissen Erfolg,

christungskurs

s Mitglied des

chwebliche Auf-

am. Als Folge

weise der Etat

bildung in den

ren immer mehr

ion mit Andro-

schender, als

liche Abhängig-

ion in letzter

Erdölimporten,

at. Mit Rück-

cescu in Prag

sowjetischer

lgarien zuge-

ehene Pariser

Magazine"

st Pastoren

rn der Baptis-

benbürgischen

auch zahlrei-

en, wurden vom

RUMÄNISCHE PRESSE BEKLAGT TRAGISCHES SCHICKSAL VON FRAUEN

Es floriert das "Horizontale Gewerbe"

Von 200 Frauen, die wegen "sozialen Parasitismus" zu Gefängnisstrafen von bis zu 5 Jahren verurteilt worden sind, sind ungefähr 180 Prostituierte, die von der Polizei "in der Umgebung von Bars, Luxusrestaurants oder Heimen für ausländische Studenten" gefasst wurden. Dies geht aus einer Studie hervor, die in der rumänischen Vierteljahrszeitschrift "Studii si cercetari juridice" (Juristische Studien und Forschungen) veröffentlicht wurde.

Die betreffenden Frauen haben, nach dem Inhalt der Studien zufolge, ein gutes Erziehungsniveau. Sechs von ihnen hatten ein Universitätsexamen. 40 Prozent waren zur Zeit ihrer Festnahme fest angestellt, davon 26 Prozent Arbeiterinnen.

Sechzig Prozent der verhafteten Frauen waren Mütter, die Hälfte von ihnen hatte zwischen zwei und fünf Kinder. 53 Prozent von ihnen hatte ihre eigene Wohnung, was bei den Gegebenheiten des rumänischen Wirtschaftslebens nahezu unvorstellbar ist, wenn Nebeneinkünfte, wie eben Prostitution, nicht einkalkuliert werden.

Die Prostitution wurde nach der endgültigen Machtübernahme der Kommunisten

in Rumänien gesetzlich abgeschafft. Details wurde verkündet, dass alle "gefallenen Frauen" durch Umerziehung in die Gesellschaft reintegriert werden sollen.

Prostituierte im Staatsdienst

Offizielle Statistiken über die Verbreitung der Prostitution gibt es nicht, obwohl Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu diese "unehrliche Tätigkeit" mehrfach öffentlich angeprangert hat. Dem Staat geht es dabei vorrangig mehr um den Verlust von Arbeitskräften als um das moralische Problem.

Wie die meisten westlichen Touristen feststellen können, sind den Berichten zufolge in den international besuchten Hotels, in den Lobbys und Bars immer wieder ansehnliche junge Frauen zu treffen, die ohne jedes Zaudern die westlichen Besucher in ihrem Zimmer "beglücken". Diese Form der organisierten Prostitution dient jedoch, wie aus zahlreichen Quellen zu erfahren ist, der Einsicht in Unterlagen des schlafenden Touristen oder der Anschaffung von freien Devisen, die die betreffenden Frauen dann aufgrund der offiziellen Umtauschkurse dem Staatssicherheitsdienst abgeben müssen.

Baptistenbund entlässt

Zwei führenden Prediger der Baptistengemeinde in der Stadt Mediasch, in der die Volksdeutsche Baptistengemeinde Leiter des Baptistenbundes Berufungsverbot erteilt.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Bei einem Besuch des Pastors der Baptistengemeinde nach Verhängung des Berufsverbots protestierten die Mitglieder der Gemeinde einstimmig gegen die Wiederberufung ihrer Pastoren.

st Pastoren

rn der Baptisbenbürgischen auch zahlreien, wurden vomndes in Bukait.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Benjamin Cocar (28) wurde mitgeteilt, dass sie als Leiter des Baptistenbundes in Bukarest ein Verbot erteilt.

Dr. Lev Rudkevich

Die Entwicklung des freien Denkens in der Sowjetunion

Wie unterscheidet man eine lebendige Theorie von einer toten? Hier gibt es objektive Kriterien. Eine tote Theorie hat aufgehört sich weiterzuentwickeln und bringt keine lebendigen Resultate. Wie entwickelt sich die marxistische Theorie weiter? Um das festzustellen, besuchen wir die philosophische Fakultät der Moskauer oder Leningrader Universität, oder den Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. In Gang sehen wir eine große Anzahl von Portraits, sowohl die Korifeen der Vergangenheit als auch die modernen westlichen Philosophen wie Russell, Heidegger, H. Hartmann und andere. Doch wo sind die marxistischen Philosophen? Es wäre möglich, daß ihre Portraits aus Bescheidenheit nicht aufgehängt wurden. Wenden wir uns aber mit dieser Frage an einen der Professoren und bitten wir ihn, uns zumindest einen der wichtigsten marxistischen Philosophen nach Marx, Engels und Lenin zu nennen. Er wird uns nicht einen einzigen nennen.

Vielleicht jedoch hat die marxistisch-leninistische Lehre greifbare Früchte hervorgebracht? Ich glaube, dass diese Frage unseren Philosophen noch mehr Schwierigkeiten bereiten würde. Er müsste nämlich verschämt als grösste Errungenschaft der offiziellen Philosophie folgendes nennen: den Kampf gegen die Genetik, die Kybernetik, die Sozialpsychologie, die Relativitätstheorie und andere Lehren des 20. Jahrhunderts. Falls unsere Geduld noch ausreicht, eine Vorlesung über Dialektischen und Historischen Materialismus zu hören, so werden wir zu der Erkenntnis kommen, dass der Marxismus, als Philosophie auf seriöser Ebene, nirgendwo unterrichtet wird, ja nicht einmal auf der Philosophischen Fakultät der Universitäten. Spezialisten über Marxismus gibt es sehr wenige, und die Leute, die wirklich kompetent wären, werden an den Universitäten nicht zugelassen. Aus "Das Kapital" werden nur ein bis zwei Kapitel unterrichtet. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf Werke, wie den "Anti-Düring" oder die "Dialektik der Natur" von Engels oder "Materialismus und Empirio-kritizismus" von Lenin; d. h. an Stelle des Marxismus wird ein spätes, verbogenes und scholastisches, und ein äusserst vulgarisiertes System unterrichtet, das zur Philosophie als solche keinerlei Beziehungen mehr unterhält. In den Büchern, die von sowjet-marxistischen Philosophen verfasst wurden, finden wir ebenfalls keine grossen Entdeckungen, obwohl es in den letzten Jahrzehnten einiger-massen leichter geworden ist, auf gerissene Art die bourgeoisen Theoretiker und Denker wieder einzuschleusen, was auf Stalin zurückzuführen ist.

Der Sowjetmensch: Sklave der Ideologie

Die Marxistische Philosophie, die nur eine begrenzte historische Bedeutung hat wird im heutigen Sowjetrussland als aktuelle Lehre unterrichtet. Mit ebensolchem Erfolg könnte man versuchen, den Menschen zu einem Glauben an die antiken Götter zu zwingen. Selbstverständlich

Mit dieser Abhandlung über philosophische Strömungen im totalitären System des Sowjetkommunismus möchte Osteuropa-Nachrichten einen Einblick in die Entwicklung des geistigen Hintergrundes der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion übermitteln. Wegen der grossen Länge erscheint der Artikel in loser Folge in drei Teilen.

Dr. Lew Rudkevich studierte an der Universität von Leningrad Evolutionstheorie. Später unterrichtete er dort auch Psychologie. Wegen seiner Redaktionstätigkeit bei der Untergrundzeitung "37" wurde er 1977 des Landes verwiesen und lebt seither in Wien. Er ist Mitglied des Bundes Russischer Solidaristen, Mitarbeiter des Possev-Verlages in Frankfurt/Main und Redakteur von Osteuropa-Nachrichten.

glaubt heute niemand mehr daran, dass Zeus und die ganze Götterschar auf der Olymp sitzen. Genauso glaubt niemand mehr an den Materialismus und behält versucht man, diesen in das Bewusstsein der Menschen einzupflanzen, ungeachtet des gesunden Menschenverstandes. Dabei wird vergessen, dass der Träger dieses Menschenverstandes der Mensch selbst ist. Offengestanden, der Glaube oder die Überzeugung der Menschen in Russland wird davon kaum berührt. Der Marxismus hat sich zu einer Art Buchhaltung entwickelt; man ist nicht gezwungen, an ihn zu glauben, wichtig ist, dass man ihn praktiziert. Dies zeigt, dass die marxistisch-leninistische Philosophie schon lange aufgehört hat, eine Weltanschauung zu sein und jetzt nur mehr die leere Hülle einer Ideologie ist.

Der ideologischen Erziehung wird in der Sowjetunion grosse Bedeutung zugemessen. Zum Beispiel wird in den Lehrplänen der höheren Schulen der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im dialektischen und historischen Materialismus, dem wissenschaftlichen Atheismus, dem Studium der Unterlagen über die Parteitage und ähnlichen gesellschaftsbedingten Disziplinen mehr Zeit zugeordnet, als allen anderen Fächern zusammen. Ausserdem müssen alle Studenten sowie Arbeiter und Angestellte eine gewisse Anzahl an Unterrichtsstunden über die internationale Lage absolvieren. Alle Personen mit Universitätsbildung sind gezwungen, an philosophischen Seminaren teilzunehmen, und die Konsomolzen müssen sogenannte "leninistische Prüfungen" ablegen, bei denen sie die zusammengefassten Schriften Lenins und die der Parteitage studieren.

Trotzdem, die Art, wie im Westen von der ideologischen Erziehung, von der Wirkung der Ideologie auf das Massenbewusstsein, von der Indoktrinierung der Geister gesprochen wird, wie behauptet wird, alle

Sowjetmenschen seien Sklaven der Ideologie, ist, meines Erachtens nach, völlig unsinnig. Der Sowjetmensch sieht die leeren Regale in den Geschäften, er steht endlos Schlange, um Lebensmittel kaufen zu können und er sieht in seinem Betrieb die Produktionsmethoden, die für das Sowjetsystem typisch sind; vor seinen Augen wehen ständig Parolen und Plakate. Diese Nekrophilie, dieser Nihilismus der Losungen, diese totale Ideologisierung des Lebens führt nicht zum Skeptizismus, sondern auch zu einer völligen Abkehr von jeglicher Ideologie.

Alle wissen, dass es den Glauben an die verherrlichten Ideale gar nicht gibt. Selbst unter den Parteigängern herrschen zynische Ideenlosigkeit, Korruption, Eigennutz und Egoismus. Der Mensch, der nicht an die staatliche Ideologie glaubt, der die offizielle Weltanschauung des Staates nicht teilt, sucht nach Ersatz. Was muss man tun, um den denkenden Sowjetmenschen von oppositionellen Gedanken fern zu halten? Zuerst einmal muß man ihn von der Kultur fernhalten, und zwar nicht nur von der westlichen, modernen, sondern auch von der russischen, klassischen Kultur, muss ihn nicht nur von Dostojewski, sondern auch von Puschkin fernhalten. Dem sowjetischen Durchschnittsbürger sind die grossartigen Errungenschaften der russischen Kultur und Philosophie des 20. Jahrhunderts unbekannt. Er hat weder Pamjatin gelesen, weder Pasternak, Soltschenizin, Mandelstam noch Zwetajewa. Obwohl die Werke dieser Autoren gedruckt worden sind, konnte mit der Auflagengrösse die Nachfrage nie gedeckt werden. Die Bilder Kandinskis und Malewitsch sind ihm unverständlich, und die Philosophien Berdjajews, Losskis, Franks und Sergej Bulgakows sind ihm unbekannt. Mit seiner Isolierung von der Weltkultur und der russischen Kultur wurde dem Menschen ein Konformismus aufgezwungen, der für ihn zum Joch wurde, er wurde mit Polizeidrill-Methoden erzwungen, und damit hat die sowjetische Gesellschaft versucht, ihre Menschen intellektuell-geistig zu erschlagen.

Doch das gelang nicht zur Gänze. Trotz des Drucks der offiziellen Ideologie hat sich der freie Gedanke in Russland, wenn auch ungleich, so doch weiter entwickelt. Oft geschieht es in solche Situationen, dass veraltete Lehren, archaische Theorien und Konzepte, die dem Zeitgeist nicht mehr entsprechen, wieder an Aktualität gewinnen. Eine wahre Welle des Dilletantismus überschwemmt geradezu das freie Denken Russlands, wobei sich dieser Dilletantismus sowohl in der Philosophie, als auch in Literatur und Kunst bemerkbar macht. Der freie Gedanke entwickelt sich jedoch weiter. Die Suche nach Ideen in Russland unterliegt einer bestimmten Gesetzmässigkeit, die zu Untersuchen ich mir in dieser Arbeit vorgenommen habe. Zu Beginn möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht alle Probleme berühren werde, die bei der Entwicklung des freien Gedankens in der Sowjetunion zum Ausdruck kommen, zum Beispiel (Gedanken der internationalen Politik und des Friedens.) Ich be-

schränke mich hier auf allgemeinere Fragen der Entwicklung von gesellschafts-politischen, sozio-philosophischen und religiösen Ideen im heutigen Russland.

Die Ära Stalin

Die Suche nach Ideen hat in Russland nie aufgehört. Die geistige Isolation, in der sich der Sowjetmensch während der Stalin-Ära befand, wird jedoch meist unterschätzt. Seinen Leben wurde jede Lehre, der die offizielle marxistische Ideologie fremd oder gleichgültig war, ferngehalten; um ihn herum wurde ein geistiges und intellektueller Leerraum errichtet. Die Erziehung des Menschen erinnert an die des Kaspar Hauser, jener halbmythischen Figur eines jungen Mannes der 16 Jahre in einem Steinverlies gehalten wurde und nie in seinem Leben Menschen, Sonne oder Bäume erlebt hatte.

Die Sowjetunion dieser Jahre wurde fast nie von Touristen besucht, fremde Radiosendungen wurden nicht nur gestört, sondern deren Anhören war auch gesetzlich verboten. Eine grosse Anzahl spezieller Bücher wurden gesondert aufbewahrt. Darunter befanden sich nicht nur Bücher der ersten Sozialisten wie etwa Proudhon oder Kautsky, sondern auch Werke von Trotzki, Bucharin und Sinowjew und auch veraltete, das heisst, einige Jahre zuvor erschienene Bücher zur Geschichte der Partei sowie die erste posthume Ausgabe der Werke Lenins, die zwar schon unter Stalin, aber in einer Bearbeitung durch Bucharin erschienen sind. Unter Verschluss befand sich auch die gesamte ausländische Literatur, auch die unpolitische. Menschen, die in den 20-er Jahren geboren wurden, mussten den Eindruck gewinnen, dass in allen anderen Ländern, sowohl des Ostens wie des Westens, nichts anderes als Klassenkämpfe und Arbeiterdemonstrationen stattfänden. Der Stalinismus prägte den gesellschaftlichen Begriff des institutionalisierten Marxismus, der nichts intellektuelles mehr an sich hatte. Der Begriff Marxist bezeichnete nicht mehr Menschen, die verschiedene Weltanschauungen vertraten. Er bezeichnete vielmehr Menschen, deren konkrete intellektuelle Ansichten durch die Bereitschaft charakterisiert wurden, von oben diktierte Ansichten und Positionen zu vertreten.

Für einen Kommunismus ohne Kommunisten

Nach dem Tode Stanins begann ein frischer Wind zu wehen. Es stellte sich heraus, das Berija, der Chef des KGB, der allgemein als Thronfolger galt, plötzlich ein "Volksfeind" war. Der nächste in der Erbfolge, Malenkov, wurde ebenfalls gestürzt. Die Bevölkerung gewann sehr bald den Eindruck, dass es an der Spitze Meinungsverschiedenheiten und Fraktionskämpfe gab. Mit dem XX. Parteitag wurde der marxistischen Ideologie einer der stärksten Schläge seit ihrem Bestehen versetzt. Selbst der glühendste Antikommunist kann nicht umhin, den Beitrag, den Chruschtschow zur Entwicklung der "wahrheitsgetreuesten, wichtigsten und progressivsten Lehre der Welt" beige-steuert hat, dementsprechend anzuerkennen. Die Rolle, die der XX. Parteitag bei der Diskreditierung des Marxismus spielte, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden:

1. Die Kommunisten haben die Idee des Führers aufgegeben. Es kam zu einem Bruch der Macht, was zu einer Schwächung des totalitären Regimes im Ganzen führte.

2. Das Schlagwort "Weltrevolution" wurde durch "Friedliche Koexistenz" und "verschiedene Wege führen zum Kommunismus" ersetzt.

3. Ein starker Schlag wurde dem Prestige der kommunistischen Führer versetzt, die an den Verbrechen der Stalin-Ära beteiligt waren.

4. Das gesamte kommunistische System wurde diskreditiert, da es die 30-jährige Willkürherrschaft eines "Geistesgestörten" und die "imperialistischen Agenden" Jeschow und Berija gebilligt hatte.

Im ganzen Lande wehte ein Wind der Reformen, der Neugestaltung, der die Geister in Aufruhr versetzte. Für die Menschen schienen neue Zeiten angebrochen zu sein. Ende der 50-er Jahre wurden viele literarische Werke, die den Stalinismus kritisierten, publiziert; 1956 erschien das Buch Dudinzews "Nicht vom Brot allein.."

Es erschienen die Memoiren berühmter russischer Emigranten, wie Litke, Schalagin, Fachmanow und es wuchs das Interesse an politischer Literatur. Aus den Archiven wurden verstaubte Bücher hervorgeholt, die in den ersten Jahren der Sowjetmacht erschienen waren: der "Schachtinski"-Prozess, die Resolutionen der Parteikongresse, ja sogar die Werke Bucharins und Pjokows. Besonders populär war das damals in russischer Sprache erschienene Buch Ota Šiks "Ökonomie und Politik".

In jenen Jahren traten auch Strömungen in der Malerei auf, die sich vom sozialistischen Realismus unterschieden. In den Buchgeschäften konnte man fortschrittliche Belletristik kaufen, in den Kinos wurden ausländische Filme gespielt. In den Grossstädten sah man viele Touristen und die ausländischen Radiosendungen in russischer Sprache wurden nicht mehr gestört.

In dieser Zeit der Hoffnung traten viele progressiv eingestellte Intellektuelle bewusst dem Konsomol oder der Partei bei, mit dem Ziel, diese von innen heraus zu reformieren, die Liberalisierung zu beschleunigen und die Struktur der Partei von innen her zu ändern. In den ersten Jahren der Chruschtschow-Ära wurden die ersten Versuche unternommen, den Marxismus zu erneuern. Unter Philosophielehrern, Studenten und Wirtschaftlern bildeten sich Zirkel und Gruppen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, den Marxismus von den Auswüchsen des Personenkults zu reinigen. Diese Kreise kämpften für eine Erneuerung des Marxismus, für eine Wiedergeburt innerhalb der leninistischen Normen. Die Reformen versetzten die Geister in Aufruhr, es wuchs die Hoffnung auf die Zukunft und mit ihr der Glaube an den Marxismus. "Die marxistische Theorie hat ihr Existenzrecht deshalb nicht verloren, weil sie in der praktischen Anwendung entsteht und verzerrt worden ist," behaupten die Vertreter des reinen Marxismus und Leninismus. Man darf jedoch nicht glauben, dass diese Ansichten unter der breiten Masse der sowjetischen Intelligenz populär war. Diese Sicht von Marxismus wurde nur von kleinen Kreisen junger Studenten und Lehrer in den grossen Städten der Sowjetunion vertreten, jenen Leuten, die ihren Glauben an die verherrlichten Ideale des Marxismus noch nicht eingebüsst hatten.

Für einen humanen Sozialismus

Die Anziehungskraft des Marxismus wehrte nicht lange. Die Liberalisierung unter Chruschtschow erweckte in den Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sie ging jedoch nur langsam vor sich und brachte nur wenige spürbare Resultate mit sich. Viele Menschen waren von Kommunismus enttäuscht, nur war diese Enttäuschung noch nicht endgültig. Unter den Intellektuellen herrschte die Meinung, der Sozialismus an sich sei gar kein so schlechtes System, wären da nicht der der System eigene Konformismus und die Polizeistaats-Disziplin. Diese Attribute wurden jedoch nicht als unbedingt systembedingt verstanden. Man vertrat die Meinung, ein humaner Kommunismus sei zu verwirklichen, und zwar auf der Basis der sozialistischen Demokratie. Als Ideal bot sich hier das sozialistische Jugoslawien an, genauer gesagt, die jugoslawische Variante des Sozialismus. Man wusste vom hohen Lebensstandard Jugoslawiens, viele lasen die Zeitung "Borba", die unvergleichlich liberaler war als die sowjetische offizielle Presse.

In der Mitte der 60-er Jahre bildete sich zum ersten Male eine Oppositionellenbewegung, die sich gegen den offiziellen Kurs der Regierung stellte. An der Spitze dieser damals noch kleinen Bewegung standen Leute wie Jakir, Krassin, Wolpin, Grigorenko, Jaures und Roy Medjedjew, Piminow und andere. Diese Phase der demokratischen Bewegung wird allgemein als liberal-sozialistisch, sozial-demokratisch oder reformistisch betrachtet, da in erster Linie eine Reform des Sozialismus angestrebt wurde. Die Hoffnung auf eine Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft in den ersten Jahren der Chruschtschow-liberalisierung war freilich illusorisch. Diese Hoffnung setzte nämlich erstens guten Willen seitens der Machthaber voraus und zweitens rechnete man nicht mit dem revolutionären Willen des Volkes. Die Machthaber wussten hingegen sehr wohl, dass es zu revolutionären Ausschreitungen kommen würde, sobald sie im Zuge der Liberalisierung zu weit gingen. Daher wurden, taktisch abgestimmt, Perioden der Liberalisierung von Zeiten der Repressionen abgelöst. Drittens war das System schon veraltet und verknöchert und so sehr mit seinen Mängeln verwachsen, dass sich die Führung seiner nicht mehr entledigen konnten. Die Machthaber verhinderten jede Änderung des Systems nicht nur, weil sie es nicht wollten, sondern sie konnten die bestehenden Strukturen nicht mehr verändern.

Viertens hatten die aktiv denkenden Sozialisten der damaligen Zeit natürlich recht, als sie feststellten, dass es mögliche Varianten eines mehr oder weniger liberalen Sozialismus gäbe. Sie haben jedoch nicht in Betracht gezogen, dass die Entwicklung des totalitären Sozialismus in Richtung Unterdrückung der Persönlichkeit unbegrenzt ist. Als Beispiele dafür dienen die Ära Stalin, China zur Zeit der Kulturrevolution und das heutige Albanien. Weiters ist die Entwicklung des Sozialismus in Richtung Liberalisierung in hohem Masse begrenzt, da eine radikale soziale und moralische Revision zu einem neuen System führen würde, welches auch einen neuen Namen verdiente.

(Fortsetzung folgt.)

Ostwirtschaft:

SONNENGETREIDE GEHEN BEI EINER TRANSPORTKRISE IN SOWJETISCHE EISENBAHMISERE

Albanien schuldenfrei 2 MILLIARDEN \$ IN ÖSTERREICH

Albanien ist trotz seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit das einzige kommunistische Land, das fast keine Schulden hat. Einer Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zufolge verlor der isolierte Kleinstaat von der halben Grösse Bayerns im Jahr 1980 sogar über ein Guthaben, nämlich über 100 Millionen Dollar (245 Millionen Mark). Nahezu alle ihre Devisenreserven haben die Albaner in Österreich hinterlegt. 1981 belief sich der dort deponierte Betrag auf rund 115 Millionen Mark (rund 50 Millionen Dollar). Die Ausgaben liegen nicht vor.

Albanien unterhält zu Enver Hodschas keine diplomatischen Beziehungen, weil Albanien's massive Reparationsforderungen an die BRD Deutschland eine Normalisierung der Beziehungen verhindert. Der Handel zwischen beiden Staaten floriert nicht. Weder zu den USA noch zur Sowjetunion unterhält Tirana offizielle Handelsbeziehungen. Die diplomatischen Kontakte zu China sind schon frostig.

Die Hauptverbindungen des 2,7 Millionen-Einwohner-Staates zum Ausland sind sehr spärlich. Einmal in der Woche wird die Hauptstadt Tirana von der jugoslawischen Fluggesellschaft JAT und der rumänischen Linie angefliegen. Flugverbindungen nach Westeuropa sind auch mit Budapest, Ost-Berlin und Athen (ein- bis zweimal pro Woche). Am ersten Anschluss an das sowjetische Eisenbahnnetz, zwischen der nordalbanischen Stadt Shkoder und dem jugoslawischen Titograd wird derzeit gearbeitet.

Der Erdölbedarf deckt das Land nicht. Strom wird sogar nach Griechenland exportiert. Ausserdem will Albanien seine Rohstoffausfuhr (Chrom, Eisennickel, -erz und Wolframerze) erhöhen.

Wirtschaftsexperten meinen, dass Albanien's Kreditfeindlichkeit die Entwicklung des Aussenhandels unmöglich machen werde. Staats- und Parteichef Hodscha begründete seine Politik gegen Auslandsschulden damit, dass das "Stützen der wirtschaftlichen Entwicklung auf Auslandsschulden, das eine zeitlang im Westen als auch im Osten der Rettungsweg der Menschheit hingenommen wurde, eine Strategie der Verknöcherung armer und arbeitsloser Länder durch den Imperialismus und die industriellen Mächte" wäre.

Nach langem Streit über die Finanzierung der Eisenbahnen, Iwan G. Pawlowski Ende November 1980 zum neuen KP-Chef Yuri Andropow erklärte die Schwierigkeiten der sowjetischen Eisenbahn. Eine Lösung sei nicht im nahen Zukunft zu erwarten, was viele Arbeiter und Ingenieure nicht erwarten wollten.

Wie aus offiziellen sowjetischen Veröffentlichungen hervorgeht, ist beispielsweise die Zahl der Diesellokomotiven, die für das Hauptnetz zu spät kommen, seit 1965 nicht gestiegen. Auf 107 Abschnitten haben im Jahr 1980 weniger Diesellokomotiven im Betrieb genossen als 1965.

Die Produktion elektrischer Lokomotiven für das Hauptnetz stagniert seit 1977. Aber schon in früheren Jahren lieferte die Industrie zunehmend weniger dieser Traktionsfahrzeuge. Allein 1980 wurden 217 Elektroloks weniger als 1965 produziert. Seit 1967 kommen von Jahr zu Jahr immer weniger Güterwagen aus den Fabriken.

In der sowjetischen Presse erschienen angesichts der angespannten Versorgungslage zunehmend kritische Artikel und Leserbriefe, die darauf hinwiesen, dass der mangelhafte Zustand der sowjetischen Eisenbahnen ein ernstes Problem sei. So berichtete die Jugendzeitung "Kommunistische Jugend" Klagen, dass in fernöstlichen Hafen Nachodka im Laufe von sechs Monaten rund 6.000 eingeplante Güterwaggons fehlten. Dadurch blieben 360.000 Tonnen importiertes Getreide liegen. Ein beträchtlicher Teil dürfte ver-

rotten sein. Weiter sind 1,5 Millionen Waggons, die im letzten Jahr zum ersten Mal im Hafen verladen waren, stark über-

"Wir treten das Getreide in den Morast"

Ein Leumondarbeiter, der zusammen mit seinem Kollegen vor kurzem der sowjetischen Wochenzeitung "Pravda" in Taschkent einen Leserbrief geschickt, in dem er schildert, dass er den letzten Jahre lang am Bahnhof beschäftigt habe, wie Erntegut aus den Eisenbahnwaggons herausgeladen und in Schiffe und Trecks verladen. Wegen Geruchs, Staub, Erbsen und Mais, die in den Waggons lagen, "Erntegut" wurde sogar selber geschädigt, wie der Brief weiter zu lesen ist.

Die mangelhafte Leistungsfähigkeit der sowjetischen Eisenbahn wirkt sich nicht nur auf die Wirtschaft der ganzen Industrie aus. Wie die Zeitschrift "Kommunistische Jugend" in Taschkent berichtet, muss zum Beispiel die Zementfabrik in "Taschkent" immer wieder die Produktion einstellen, da die Eisenbahnverwaltung nicht genug Waggons für den Versand zur Verfabrik stellen kann. Die Beamten zufolge können im Monatlich zwischen 100 und 300 Waggons zu dem Zeitpunkt der Fabrik aus der Region von "Taschkent" und "Taschkent" in der Fabrik führen zu einer sich-bahm-Abfall der Qualität der Zement.

Die sowjetische Fachpresse berichtet immer wieder von Stilllegungen ganzer Unternehmen, weil die Eisenbahn die notwendigen Rohmaterialien und Ersatzteile nicht planmässig anliefern kann.

Medizinische Geräte für den Westen

Im Zuge mit den Versuchen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen zu intensivieren, sind mehrere bulgarische Aussenhandelsorganisationen in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Dies geht aus Berichten der bulgarischen Presse hervor.

Zweck dieser Reorganisation ist es, den betreffenden Unternehmen in den Verhandlungen mit westlichen Firmen größere Unabhängigkeit zu gewähren.

Eine der neuen Reorganisationen betrifft das Unternehmen "Bulmedprom", an dem die medizinische Akademie Bulgariens, deren Aussenhandelsorganisation "Maimex", der staatliche Betrieb für "Instrumente und Automation" wie auch der "Komplex für medizinische Technologie" Teilhaber sind. Hauptzweck der neugegründeten Organisation ist der Export. Experten in München und Wien weisen darauf hin, dass durch diese Anstrengungen der bulgarischen Regierung die Krankenhäuser im Lande

selbst kein neues medizinisches Gerät als Nachschub bekommen werden, da der freien Währung aus dem Erlös des Exportes Vorrang gegeben wird. Insgesamt sollen, den Berichten zufolge, vier industrielle Niederlassungen medizinisches Gerät produzieren, von denen zwei zu 90 Prozent und die anderen beiden zu 70 Prozent ihre Produkte den staatlichen Aussenhandelsgesellschaften zur Verfügung stellen. Insgesamt stünden 260 Produkte im Angebot der Bulgaren.

Exilpolen investieren immer mehr in Polen

Die Zahl der Firmen, die von Exilpolen in der alten Heimat gegründet wurden, ist seit der Machtübernahme von General Jaruzelski von 100 auf 360 gestiegen. Grund dieses Aufschwunges seien die aussergewöhnlichen steuerlichen Vorteile die den exilpolnischen Unternehmern einräumt werden. Die neu gegründeten Firmen decken meistens ihren Rohstoffbedarf selbst, vornehmlich aus dem Westen.

DO-IT-YOURSELF-ZIVILSCHUTZ

DDR VERÖFFENTLICHT BAUANLEITUNG FÜR SCHUTZMASKENPROVISORIUM

In der DDR ist eine durch 23 Abbildungen erläuterte 16-seitige Bauanleitung für ein "selbsterstellbares Atemschutzmittel" veröffentlicht worden, nach deren Richtlinien sich jedermann innerhalb von zwei Stunden eine Schutzmaske gegen chemische Kampfstoffe "sowie gegen radioaktiven Staub, wobei neben den Atemwegen auch der Kopf geschützt" werde, zusammenbauen kann. Die als Beilage der Zivilverteidigungszeitschrift "Schützen & Helfen" erschienene Anleitung wurde vom "Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik" herausgegeben.

Das Funktionsprinzip dieses nur in einem Krieg erforderlichen Behelfsschutzmittels mit der amtlichen DDR-Abkürzung "SASM" beruht "auf der Ausnutzung der Einwegatmung". Daher muss in jedem Fall die Nase mit Leukoplast gut zugeklebt werden. Anschliessend wird dann "die Plastetüte vorsichtig über den Kopf gezogen und das Schnorchelmundstück in den Mund eingeführt".

Die durchsichtige Plastiktüte ist neben dem beispielsweise aus einer alten Motoröl-Plastikflasche angefertigten Filter das Herzstück des kompletten "SASM". Die DDR-Planer haben aber der Bevölkerung noch drei weitere, allerdings vereinfachte "Modelle" anzubieten.

NOTFALLS EIN STÜCK WASCHMASCHINEN
SCHLAUCH

---wenn es an der Plastiktüte fehlt, kann man auch eine Taucher- oder Motorradbrille

benutzen. Allerdings ist der Kopf dann nicht gegen Atomstaub geschützt.

---fehlt es an solcher Brille, so kann man bei zugeklebter Nase auch noch "sauber" durch die Filterbüchse atmen. Der Kopf ist aber ebenfalls ungeschützt.

---wer nicht einmal Leukoplast hat und sich mit der Filterflasche begnügen muss, der muss die Nase mit den Fingern zuhalten. Diese "einfachste denkbare Variante" hat den zusätzlichen Nachteil, dass der Betreffende keine Hand mehr frei hat. Sie ist aber auch "nur für den äussersten Notfall gedacht", heisst es in der Bauanleitung.

Bei der Filterflasche muss der Boden mit 40 kreisförmig angeordneten Löchern durchbohrt werden. Dazu kann man erforderlichenfall einen glühenden Nagel verwenden.

Dann kommen zwei Zentimeter hoch "kirsch-bis pflaumenkerngrosse Steinchen hinein", darüber 15 Zentimeter abgesehenes Filtermaterial aus Schlacke, Kohle oder Sand und schliesslich zwei Lagen Zellstoff. Ein Stück Gartenschlauch dient dann der Verbindung zwischen Filter und Mund. Nun ist die Filterflasche auf einen grossen Wattebausch zu stellen und in ein Scheuertuch fest einzupacken - das "SASM" ist fertig.

Auch für DDR-Bürger ohne Gartenschlauch weiss der DDR-Ministerrat Rat. Ein Stück des "Faltenschlauchs der Waschmaschine WM 66" tut es auch.

Nicht genug damit. Auf einer "Parteiaktivtagung" ist schon jetzt beschlossen worden, die für 1983 inzwischen festgelegte Produktionssteigerung um zusätzliche zwei Tagesproduktionen zu erhöhen und dabei auch noch Material einzusparen.

Als Vorreiter für die höheren Leistungen am Arbeitsplatz betätigt sich in diesem Betrieb die Jugendbrigade "Julius Fucik". Sie erklärte: "Zu Ehren des 60. Jahrestages der UdSSR erschliessen wir neue Leistungsreserven, um gemeinsam mit den anderen Kollektiven unsere ursprüngliche Wettbewerbszielstellung zur Überbietung unserer Aufgaben nochmals um 50 Prozent zu erhöhen".

DDR grenzt sich im Äther ab

Im Zuge ihrer Abgrenzungspolitik hat die DDR nun auch auf dem Gebiet der Seerufzeichen jede Gemeinsamkeit mit dem anderen Teil Deutschlands getilgt. Wie erst jetzt durch eine Veröffentlichung in der Ost-Berliner Fachzeitschrift "Poseidon" bekannt wurde, genehmigte die Internationale Fernmeldeunion, dass die vierstelligen Rufzeichen der DDR-Schiffe nicht mehr mit "D" beginnen, wie seit vielen Jahrzehnten für alle deutschen Schiffe üblich.

Wehrdienst verweigerer
bauen Sowjet-Nachschubhafen

Als sogenannte "Bausoldaten" eingezogene Wehrdienstverweigerer aus Ost-Berlin und der DDR müssen auf der Insel Rügen beim Fischerdorf Mukran einen sowjetischen Nachschubhafen bauen. Einer Agenturmeldung zufolge wurden etwa 2.000 dieser Bausoldaten nach Rügen gebracht und leben dort in einem grossen bewachten Arbeitslager.

Offiziellen Angaben zufolge wird in Mukran ein ab 1986 betriebsfähiger Eisenbahnfährtunnel errichtet, weil der Güteraustausch zwischen der DDR und der Sowjetunion "immer mehr wächst". Bis 1989 sollen sechs Fährschiffe mit jeweils 104 Güterwaggons zwischen Mukran und dem litauischen Hafen Klaipeda (Memel) im Einsatz sein. Täglich werden drei Fähren erwartet, jede mit einer Nettotransportfähigkeit von 1.400 Tonnen. Der tägliche Nachschubbedarf der "Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland" (GSSD), beläuft sich auf 4.000 Tonnen. Im Kriegsfall rechnen westliche Beobachter allerdings mit 26.000 Tonnen.

Bei Mukran soll ein neuer Güterbahnhof mit 60 Kilometer Gleislänge entstehen, ein Drittel davon in russischer Breitspur. Auch die insgesamt sechs Fährschiffe, die sämtlich auf der Mathiessen-Werft in Wismar gebaut werden, erhalten Breitspurgleise. Unbestätigt sind bisher Meldungen des westdeutschen Senders "Deutschlandfunk", wonach von Mukran aus eine Breitspurstrecke bis in das grosse sowjetische Versorgungslager bei Eggesin im Nordostzipfel der DDR gebaut werde.

Einig sind sich alle Beobachter darüber, dass der Rügendam, der die Verbindung der grössten deutschen Insel mit dem Festland darstellt, durch die neuen zusätzlichen schweren Züge sehr stark belastet würde und deswegen eine Schwachstelle darstelle. Der Bau eines zusätzlichen Damms ist nach Ansicht von Fachleuten nicht zu erwarten.

Mobilisierung der Reserve

4 BIS 6 MONATE WEHRDIENST

Die seit September 1982 zu beobachtende allmonatliche Einberufung von Reservisten der DDR-Volksarmee zu längeren Wehrübungen ist auch im Dezember vergangenen Jahres fortgesetzt worden. Wie die Nachrichtenagentur Wona erfuhr, erhielten die Reservisten weder zu Weihnachten noch zu Neujahr Urlaub.

Die im September und Oktober einberufenen Männer müssen sechs Monate bei der Truppe bleiben, die im November und Dezember einberufenen jeweils vier Monate. Daraus ergibt sich, dass alle in diesen vier Monaten mobilisierten Reservisten bis in die zweite Märzhälfte hinein gleichzeitig zur Verfügung stehen. Zahlen über den Umfang der Einberufungen wurden bisher nicht bekannt. Es hiess, dass es sich meist um 25 bis 35 Jahre alte Wehrpflichtige handele.

Nach Ansicht politischer Beobachter dient die Aktion vor allem der Auszubildung dieser älteren Wehrpflichtigen an neu eingeführten Waffen. Gleichzeitig könnte damit das Mobilisierungssystem sowie die Auffüllung der sogenannten Kaderdivisionen auf Kriegsstärke erprobt werden. Ein grösseres Abschlussmanöver erscheine keineswegs ausgeschlossen.

Verstärkter Arbeitseinsatz

PLANERFÜLLUNG SOLL
NOCH ÜBERBOTEN WERDEN

Die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Situation im anderen Teil Deutschlands lässt sich am deutlichsten an den verstärkten Appellen der SED-Führung an die arbeitende Bevölkerung zu höchsten Kraftanstrengungen ablesen. Mit der Aufforderung "höchste Ergebnisse mit geringstem Aufwand" spielen die Gewerkschaften die Rolle des Hauptantriebers. In der propandastischen Darstellung jedoch werden die höheren Arbeitsnormen nicht von "oben" verordnet, sondern von den Werktätigen selbst in Form "freiwilliger" Selbstverpflichtungen festgelegt.

Wie das geschieht zeigt das Beispiel des Betriebes CFK Schwarza, in dem Fussbodenbelag hergestellt wird. Die "Volksmacht", Organ der SED-Bezirksleitung Gera berichtet darüber. Bis zum 30. Oktober 1982, so heisst es, hatten die Angehörigen des Betriebes für das laufende Planjahr eine zusätzliche Warenproduktion von zusätzlich drei Arbeitstagen erreicht. Dieser Planvorsprung sollte bis Jahresende auf 3,4 Arbeitstage ausgebaut werden.

MAUL- UND KLAUENSEUCHE IM BALTIKUM

SOWJETISCHE BEHÖRDEN VERSCHWEIGEN DIE KRANKHEIT

Wie aus Presseberichten hervorgeht, haben Finnland und Schweden den Fleischimport aus den baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen völlig verboten. Grund dieser Massnahmen sei eine akute Maul- und Klauenseuche im Baltikum.

Zwar hat die Sowjetregierung die Organisation der Vereinten Nationen für Nahrungsmittel und Landwirtschaft (FAO) über die Seuche nicht benachrichtigt, wozu sie als Mitglied verpflichtet wäre, aber westliche Beobachter sagten, dass lettische und estnische Radiosender darüber berichtet hätten.

Die Maul- und Klauenseuche tötet das Vieh nicht, reduziert aber wesentlich die Milchleistung. Die systematische Bekämpfung der Seuche hat in der Regel katastrophale Folgen für die Milchindustrie, da die Tiere notgeschlachtet und verbrannt werden.

Gegenwärtig sind gegen die sieben Viren, die die Seuche verursachen, sieben verschiedene Impfungen bekannt, die lediglich für vier Monate wirken, genau die Zeit, die diese Viren im Heu "überwintern" können.

Im vergangenen Frühjahr brach die Seuche sowohl in der DDR als auch in den Bezirken Kiew und Pottawa in der Ukraine aus. Die ersten Berichte über die Ausbreitung der Seuche im Baltikum erschienen schon im November. Chef-Veterinär Adolfas Barakauskas sprach damals in der litauischen Parteizeitung "Tiesa"

offen über "ansteckende Krankheiten", die in Litauen ausgebrochen seien.

Die baltischen Republiken haben eine durchschnittlich um 50 Prozent höhere Milchproduktion pro Kuh als die restliche Sowjetunion.

Estnische Flagge gehisst

Die sowjetischen Behörden haben den estnischen Arbeiter Alar Alu festgenommen, weil er auf einem Platz der estnischen Hauptstadt Tallinn (Reval) die verbotene estnische Flagge gehisst hatte. Nach sowjetischem Recht entspricht diesem Straftatbestand das "Rowdytums". Alu ist nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main zur Zeit im Zentralgefängnis von Tallinn inhaftiert. Alu stammt aus dem Ort Jaaguupi.

Sechs Tage nachdem Alu am 17. November vergangenen Jahres verhaftet worden war, nahmen die sowjetischen Sicherheitsbehörden den 30-jährigen Esten Tarmo Urb fest. Der Mann hatte über Finnland in die Freiheit flüchten wollen. Er ist mit der Italienerin Daniela Marseppi verheiratet. Alle seine Ausreisearträge sind von den Behörden abgelehnt worden.

So meldete Radio Moskau:

Dieser Geistliche hatte in seinen Predigten dazu aufgefordert, den Behörden den Gehorsam zu verweigern und gegen die bestehende Gesellschaftsordnung anzukämpfen. Er hatte versucht, die einen Litauen gegen die anderen aufzuhetzen", heisst es in einem Bericht von Radio Moskau über die Verhaftung des katholischen Priesters Alfonso Swarinkas in Kaunas (Litauen). Der Bericht, der am 21. November veröffentlicht wurde, verurteilt die Verfolgung von Christen und die Drangsalierung von Geistlichen aus Moskauer Sicht dargestellt wird.

Als der Verhaftete 1946 noch Geistlicher am Priesterseminar in Kaunas (Kowno) gewesen war, "wurde er vom Anführer einer illegalen bewaffneten Bande angeworben. Von dieser Bande wurden mehr als 20 litauische Bauern ungebracht sowie Gebäude aus geplündert und niedergebrannt", heisst es in der Radiobehörde. Im Januar sei Swarinkas festgenommen und wegen seiner Mitritalität "in der Bande" verurteilt worden.

Nach Verbüßung seiner Strafe hätte Swarinkas seine "staatsfeindlichen Untriebe von neuem" aufgenommen. Danach sei es wieder zu einer Festnahme und Verurteilung gekommen. Nach der erneuten Freilassung habe er in seinen Predigten die Gläubigen aufgefordert, die Sowjetmacht offen zu bekämpfen.

Radio Moskau behauptet dann, dass in der Sowjetunion die Glaubensfreiheit garantiert sei und jedermann sich zu einer beliebigen Religion bekennen könne.

UdSSR:

SU-Kohle

MENGE UND QUALITÄT SINKEN

Die Sowjetunion ist nach offiziellen Angaben in diesem Jahr nicht in der Lage, die im Volkswirtschaftsplan vorgesehene Menge Kohle zu fördern. Wie der stellvertretende Kohleminister G.I. Nusndakin in einer Fachzeitung zur Begründung erklärte, ist die Kohle aus den beiden Hauptanbaugebieten Donetsk und Kusnetsk von immer minderer Qualität. "Der Ascheanteil nimmt ständig zu", sagte Nusndakin.

Laut Plan sollten in diesem Jahr 723 Millionen Tonnen gefördert werden, 6 Millionen Tonnen mehr als im vergangenen Jahr. "Wir sind nicht in der Lage dieses Ziel zu erreichen", sagte der Vizeminister.

Die Kohleförderung war in der Sowjetunion Anfang der 70er Jahre stark angestiegen. Allerdings nahm die Zuwachskurve in den vergangenen 6 Jahren dann immer mehr ab. Die für 1985 geplante Förderung von 770 bis 800 Millionen Tonnen dürfte angesichts der jüngsten Entwicklung unerreicht sein.

Neue Menschenrechtsgruppe in der Sowjetunion

KAMPF FÜR RECHT AUF AUSWANDERUNG

Ein in der Sowjetunion neugegründetes Komitee "Recht auf Auswanderung" hat sich an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und an den Präsidenten des Internationalen Verbandes demokratischer Juristen mit zwei Dokumenten gewandt, die jetzt im Westen vorliegen. Das erste Dokument des im vergangenen Jahr gegründeten Komitees beinhaltet sein Programm und ist von 18 Mitgliedern unterschrieben. Im Dokument erscheint eine Liste von 11 Formen der Verfolgung, denen Personen ausgesetzt sind, die die Absicht bekunden, die Sowjetunion zu verlassen.

Das Recht zur Auswanderung, heisst es im Text, gleiche zahlreichen anderen Rechten und sei für sowjetische Staatsangehörige rein theoretisch. Gleichzeitig aber würden riesige Mittel aufgebracht, um die Sowjetbevölkerung und die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass in der Sowjetunion das gerechteste sozialpolitische System auf Erden eingerichtet sei und daher

kein normaler Mensch aus einem so vollkommenen Land auswandern wolle.

Das Komitee "Recht auf Auswanderung" verurteilt im zweiten Dokument kategorisch die sowjetischen Behörden und ihre Vertreter im Ausland, weil sie keinen Unterschied zwischen dem Recht der sowjetischen Staatsbürger auszuwandern, dem Recht von Verwandten und Ehepartnern auf Familienvereinigung und schliesslich dem Recht gewisser nationaler Minderheiten auf Rückführung in ihre ursprüngliche Heimat machten.

Drei betroffene Personen haben den Dokumenten ihren Lebenslauf beigelegt und es werden weitere 242 Familien angeführt, die ihre Absicht, aus der Sowjetunion auszuwandern, in aller Form vorgelegt haben. Gleichzeitig appelliert das Komitee an das KSZE-Folgetreffen in Madrid, sein Anliegen zu unterstützen und eine Untersuchung seitens der Vereinten Nationen einzuleiten.

FÜNF-TAGE-WOCHEN BRACHTEN ARBEITSZEITVERLÄNGERUNG

Die am 30. Juli vergangenen Jahres in Ungarn eingeführte Fünftagewoche hat Arbeitern und Angestellten wesentliche Nachteile gebracht. Dies geht aus einem längeren, anonymen Beitrag hervor, der in der jüngsten in den Westen gelangten Ausgabe der Untergrundzeitschrift "Beszelő" veröffentlicht wurde.

Wie aus dem Artikel hervorgeht, bekamen die Unternehmen keine staatliche Unterstützung für den finanziellen Ausgleich bei der Einführung der Fünftagewoche. Trotzdem blieben sie verpflichtet, alle Planauflagen zu erfüllen. Um dies zu erreichen, wurde die landesweit übliche 30minütige Mittagspause gestrichen. Bis zur Erfüllung der neuen Regelung hatten die Werktätigen an sechs Tagen faktisch 39,5 Stunden in der Woche zu arbeiten. Die neue Regelung bedeutet 40 Stunden.

Kurz nach Einführung der Fünftagewoche wurde es klar, dass rund 2,1 Millionen Menschen länger arbeiten müssen als zuvor. Die Arbeiter hatten das Gefühl, mit dem neuen Gesetz solle nur die bezahlte Mittagspause abgeschafft werden.

Das neue Gesetz sieht hinsichtlich des freien Sonntags auch klare Vorschriften für Pflicht-Überstunden von Eisenbahnern und Bergleuten vor. Für die Bergleute von Dorog beispielsweise stieg die durchschnittliche Arbeitswoche als Folge der neuen Regelung auf 52 Stunden an.

Wie die Untergrundzeitschrift weiter berichtet, erschienen auf den Strassen ungarischer Städte Flugblätter, die von "klassischen Methoden der Ausbeutung" sprachen. Zahlreiche Fabriken verlangen mit einem Mal, dass die Arbeiter um sechs Uhr früh nicht nur auf dem Gelände des Werkes anwesend seien, sondern schon in Arbeitskleidung an ihren Maschinen stehen sollten.

Die Tabakfabrik in Pecs hat sogar einen westlichen Spezialisten eingestellt, um die Arbeitsproduktivität wegen des neuen freien Sonntags um 15 Prozent zu erhöhen. Andere Fabriken haben den Rhythmus der Fließbänder beschleunigt. Die Wollspinnerei in Ujpest hat den "verlängerten Dienstag" eingeführt, was einen zwölf-Stunden-Arbeitstag bedeutet. Es gab Beispiele von Arbeiterinnen, die auf das Privileg des freien Sonntags verzichteten wollten, um den physischen Belastungen eines zwölf-Stunden-Tages an jeder zweiten Dienstag zu entgehen.

Die Gewerkschaften leisten der Budapest Regierung aktive Schützenhilfe und stellen die Einführung der Fünftagewoche als ein "Geschenk" an die werktätige Bevölkerung dar. Doch niemand, so heisst es im Bericht der Untergrundzeitschrift, sei offenbar bei Einführung der neuen Arbeitszeit der Preis dafür klar gewesen.

Besonders betroffen von den neuen Regelungen waren die Arbeiter, deren Gesundheit durch die verlängerten Arbeitsstunden während der Woche gefährdet wurden. Zehn bis zwölf Stunden in einer vergifteten Umwelt bedeutet nämlich eine Gefährdung ihrer Gesundheit. Deswegen haben die 12.200 Arbeiter in der Aluminiumindustrie mit Streik gedroht, um die alten Arbeitsbedingungen wiederherzustellen. Dabei bekamen sie allerdings keine Unterstützung von den offiziellen Gewerkschaften.

Nach Meinung des Autors von "Beszelő" fielen die betreffenden Entscheidungen der Regierung in Budapest unter dem Einfluss der Ereignisse in Polen "in aller Hast". Man habe die Konsequenzen der Massnahme nicht überdacht, nicht durchkalkuliert und nicht gründlich vorbe-

reitet .. es war eine rein politische Entscheidung, die an die "dubiosen Methoden" der Vergangenheit erinnern.

Hegedüs sieht Reformen als Spalt

Der 1973 aus der ungarischen KP ausgesessene ehemalige Ministerpräsident Andras Hegedüs, der 1956 die Sowjetunion gebracht wurde, erst zwei Jahre später wieder zurückkehrte, vertrat in einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin "Profil" die Ansicht, dass die fortschreitende Wirtschaftsreform mit der unlängst legalisierten "Zweiten Ökonomie" die Arbeit in zwei Teile spalte.

Als Spaltplatz seien vor allem die neuerdings zugelassenen "Unternehmergruppen" von zumeist zehn bis 15 jungen Leuten zu betrachten, die auf eigene Rechnung und Verantwortung arbeiten und so auch mehr verdienen.

Alle, die da nicht mitmachen können, seien natürlich gegen die Reformen dazu zählten auch die bisher privilegierten Arbeiter der staatlichen Grossbetriebe, zumal die älteren.

Hegedüs, der 1968 in einem offenen Brief an das ungarische Zentralkomitee gegen die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei protestierte, sieht eine "ständig wachsende Politisierung" der ungarischen Wirtschaftsreformen. Es verbreite sich immer mehr die Ansicht, "dass die Wirtschaftsreform ohne politische Reform keinen Erfolg haben kann".

Ohne Polen beim Namen zu nennen, meinte Hegedüs schliesslich, dass Moskau in Ungarn nicht noch einmal intervenieren werde, zumal es seinen südlichen Landesteilen in Georgien und Aserbeidschan mit ähnlichen Problemen konfrontiert sei.

OSTEUROPA
NACHRICHTEN

Redaktionskollegium:
Veronika Bodoki - Zbynek Denysak
Hubert Huber - Algis Klimaitis
Lev A. Rubeshtsch - Fr. Vancsek
Prof. Dr. Andrzej Ziabka

Nachrichtendienst:
vona (West-Ost-Nachrichten)
Berlin

Herausg. Eigent. u. Verleger:
Algis Klimaitis, 1140 Wien
Hadikgasse 22, Tel. 6380703

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion gestattet.

P. b. b.

Verlagspostamt 1030 Wien / Erscheinungsort Wien

reitet .. es war eine rein politische Entscheidung, die an die "dubiosen Methoden" der Vergangenheit erinnern.

Hegedüssieht Reformen als Spaltpilz

Der 1973 aus der ungarischen KP ausgeschlossene ehemalige Ministerpräsident **Andras Hegedüs**, der 1956 in die Sowjetunion gebracht wurde und erst zwei Jahre später wieder zurückkehrte, vertrat in einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin "Profil" die Ansicht dass die fortschreitende Wirtschaftsreform mit der unlängst legalisierten "Zweiten Ökonomie" die Arbeiter in zwei Teile spalte.

Als Spaltpilz seien vor allem die neuerdings zugelassenen "Unternehmergruppen" von zumeist zehn bis 15 jungen Leuten zu betrachten, die auf eigene Rechnung und Verantwortung arbeiteten und so auch mehr verdienten.

Alle, die da nicht mitmachen könnten, seien natürlich gegen die Reform, dazu zählten auch die bisher privilegierten Arbeiter der staatlichen Grossbetriebe, zumal die älteren.

Hegedüs, der 1968 in einem Offenen Brief an das ungarische Zentralkomitee gegen die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei protestierte sieht eine "ständig wachsende Politisierung" der ungarischen Wirtschaftsreformen. Es verbreite sich immer mehr die Ansicht, "dass eine Wirtschaftsreform ohne politische Reform keinen Erfolg haben kann".

Ohne Polen beim Namen zu nennen, meinte Hegedüs schliesslich, dass Moskau in Ungarn nicht noch einmal intervenieren werde, zumal es in seinen südlichen Landesteilen wie Georgien und Aserbeidschan mit ähnlichen Problemen konfrontiert sei.